

Schweiz am Sonntag
6.4.14

000001

Jugend ohne Politik: Bis zu 91 Prozent gehen nicht abstimmen

Die Stimmbeteiligung am 9. Februar war mitnichten ein Ausreisser

VON ALAN CASSIDY

Parteien und Medien reagierten besorgt und erstaunt, als die Vox-Analyse diese Woche aufzeigte, dass nur 17 Prozent der unter 30-Jährigen an der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative teilnahmen. Doch eine Auswertung von 45 Abstimmungen seit 2000 durch das Institut GfS Bern zeigt: Bei mehreren Urnengängen war die Stimmbeteiligung in dieser Altersgruppe noch tiefer.

An drei Abstimmungssonntagen in den vergangenen zwei Jahren blieben 90 Prozent zu Hause – ohne dass dies damals debattiert worden wäre. Es handelte sich um folgende Vorlagen:

> **9 Prozent** betrug die Beteiligung, als über das Passivrauchen abgestimmt wurde. Auch die Vorlage über die Jugendmusikförderung vermochte die unter 30-jährigen nicht zu mobilisie-

ren. Die Beteiligung der über 30-Jährigen: 51 Prozent.

> **10 Prozent** der Jugendlichen gingen an die Urne, als über die Abzocker-Initiative von Thomas Minder abgestimmt wurde, die jahrelang in den Medien hitzig debattiert wurde. Gleichtags kam die Familieninitiative der SVP an die Urne, welche die junge Generation direkt betraf.

> **11 Prozent** machten vom Stimmrecht Gebrauch, als die Initiative für eine Volkswahl des Bundesrates sowie die Verschärfung des Asylrechts vors Volk kamen. Beides Themen, die nicht besonders komplex waren.

Die Werte der vergangenen zwei Jahre sind historisch tief, der Rückwärtstrend begann aber bereits früher. Zum letzten Mal mehr als 30 Prozent der Jugendlichen gingen 2006 an die Urne, bei der Asylrechts-Vorlage des damaligen Bundesrats Christoph Blocher. Zum letzten Mal mehr als 40 Prozent nutzten ihr Stimmrecht bei den Einbürgerungs-

lagen 2004. Besonders frappant ist das Desinteresse bei europapolitischen Themen. An der EWR-Abstimmung 1992 hatten sich noch 73 Prozent der unter 30-jährigen beteiligt.

NUN FORDERN POLITIKER Gegenmassnahmen. «Wir müssen mehr Junge dazu bringen, eine politische Karriere einzuschlagen», sagt Pierre Maudet, Genfer FDP-Regierungsrat und Präsident der Eidgenössischen Jugendkommission. Die Universitäten sollten dazu mit dem Aufbau von speziellen Ausbildungsgängen beginnen. Eine Stärkung der politischen Grundbildung an der Schule verlangt der Schaffhauser FDP-Bildungsdirektor Christian Amsler, Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren. «Auch die Schule muss ihren Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten und Demokratie und Staatsverständnis unbedingt wieder mehr in den Unterricht einfließen lassen.»

> SEITEN 2/3

2 JUGEND UND POLITIK

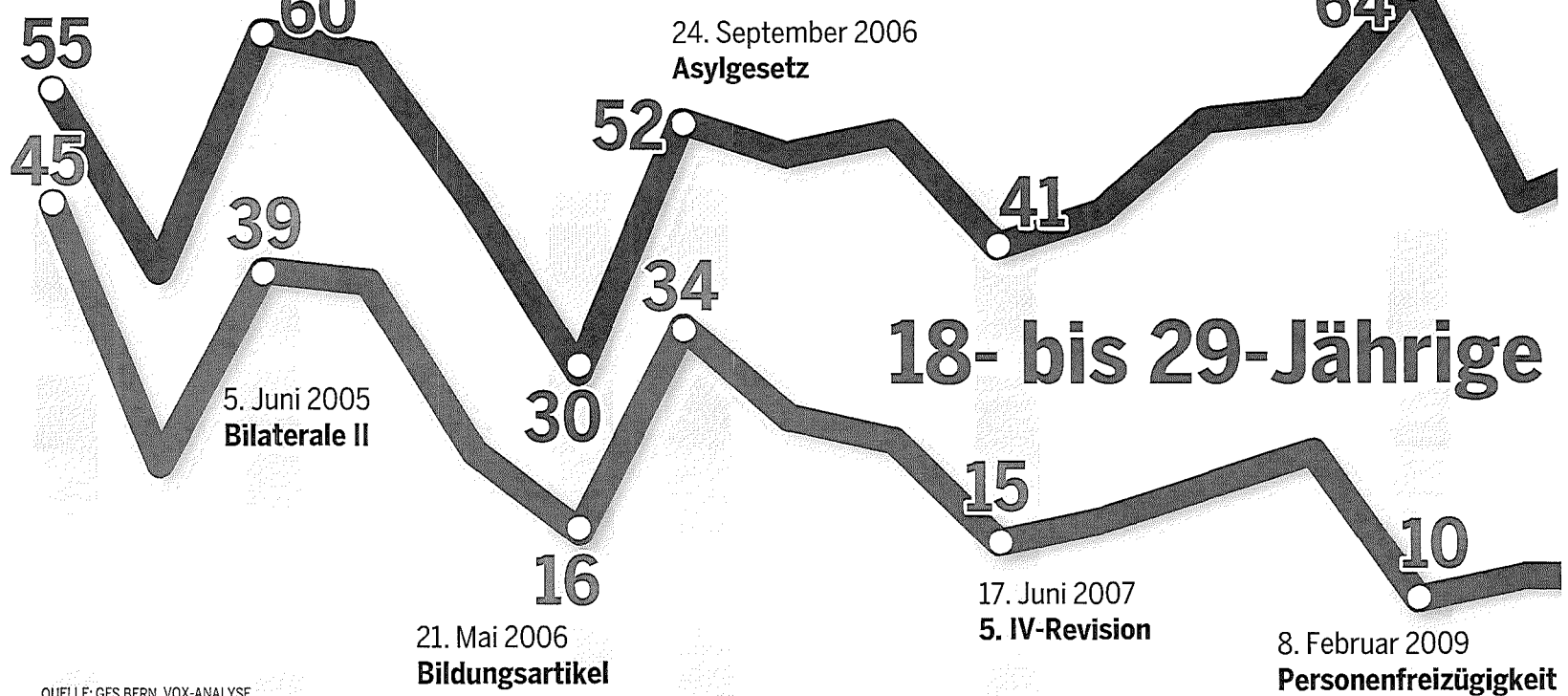
6.4.14

TEILNAHME AN VOLKSABSTIMMUNGEN NACH ALTERSGRUPPEN

in Prozent

26. September 2004

Einbürgerungen



QUELLE: GFS BERN, VOX-ANALYSE

Wie sich eine Generation aus c

Direkte Demokratie in der Krise: Seit Jahren erodiert die Stimmbeteiligung bei den unt

Junge Schweizer verfolgen Politik zunehmend sprunghaft und ereignisgetrieben. Über soziale Medien verfolgen sie Proteste im Ausland und nehmen selbst an Demos teil – aber abstimmen gehen sie nicht.

VON ALAN CASSIDY

Da stand er nun, der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck, und sagte einen Satz, der in der Schweiz einem Sakrileg gleichkommt: Die direkte Demokratie berge auch Gefahren, nämlich dann, wenn Bürger über hochkomplexe Geschäfte zu entscheiden hätten. Die Empörung war so gross wie berechenbar. Ein ausländisches Staatsoberhaupt, das auf Staatsbesuch das politische System des Gastlands kritisiert: Das ist zumindest ungeschickt.

Keine zwei Tage später zeigte sich allerdings, dass sich tatsächlich Schatten über das Schweizer Staatswesen gelegt haben. Nur sind es ganz andere, als Gauck gemeint hatte. Die Analyse der Volksabstimmungen vom 9. Februar, die am Donnerstag veröffentlicht wurde, brachte Verstörendes ans Licht: Gerade einmal 17 Prozent der unter 30-Jährigen gingen stimmen – und das, obwohl es sich bei der Masseneinwanderungsinitiative um eine der wichtigsten Abstimmungen der letzten Jahre handelte.

DER FAKTISCHE BOYCOTT wirft die Frage auf, wie gesund ein politisches System ist, aus dem sich eine ganze Bevölkerungsgruppe verabschiedet hat. Erstaunen sollte die tiefe Beteiligung aber nicht. Seit Jahren nimmt der Anteil der stimmabstinenten 18- bis 30-Jährigen zu, wie eine Auswertung des Instituts GfS Bern zeigt. Noch 1992 gingen 73 Prozent dieser Altersgruppe an die Urne, als es um den EWR-Beitritt ging. Seither ist die Beteiligung dramatisch erodiert.

Den Tiefpunkt erreichte sie mit 9 Prozent bei der Abstimmung vom September 2012. Die Themen damals: Passivrauchen, Wohnen im Alter und Jugendmusikförderung. 10 Prozent der Jungen rafften sich auf, um am 8. Februar 2009 über die Personenfreizügigkeit abzustimmen. 10 Prozent waren es auch bei der Abstimmung über die Abzocker-Initiative. Besonders augenfällig ist das schwindende Interesse an europapolitischen Themen. «Das Generationenprojekt Europa ist nicht mehr», schreibt der Politologe Claude Longchamp.

Wer nach Gründen für das Desinteresse der Jungen sucht, hört viele Allgemeinplätze und Floskeln. «Wohlstandsmüdigkeit», stellen die einen fest, «Verunsicherung» die anderen. Und immer wieder lautet die Erklärung: Das politische Interesse nehme bei der U-30-Generation allgemein ab. Doch stimmt das wirklich? Vieles deutet darauf hin, dass sich vielmehr die Art und Weise verändert, wie junge Menschen Politik verfolgen: Sie machen es getrieben von der Ak-

tualität und Ereignissen, und sie machen es so sprunghaft, wie heute auch die Politberichterstattung der Medien daherkommt.

Nirgends zeigt sich dieser neue Umgang mit Politik deutlicher als in den sozialen Medien. Junge Schweizerinnen und Schweizer verfolgen über ihre Facebook-Freunde mit Entsetzen, wie die Polizei in Istanbul Gummigeschosse und Tränengas in die Menge im Gezi-Park feuert. Sie teilen Links mit Videoclips, die demonstrierende Studenten auf dem Maidan-Platz in Kiew zeigen. Sie verbreiten und kommentieren Artikel, in denen sich Abzocker-Schreck Thomas Minder für die Masseneinwanderungsinitiative ausspricht. Doch am Abstimmungssonntag bleiben sie lieber zu Hause.

VERÄNDERT HAT SICH auch die Einstellung zu Protesten und Demonstrationen. «Die junge Generation sieht darin heute mehrheitlich eine legitime Form der politischen Partizipation», schrieben vor wenigen Jahren die Autoren der Eid-

Zu kompliziert, zu viel Stress, Ferien und Militär

Das sind die Argumente und Ausreden, warum junge Leute am 9. Februar nicht abstimmen gingen

Kira (20),
Informatikerin

UMFRAGE UND BILDER: PASCAL RITTER

«Am 9. Februar ging ich nicht abstimmen, weil ich keine Lust dazu hatte. Politik bedeutet immer nur Stress. Stimmt du ja, sind die einen wütend, stimmst du nein, sind es die anderen. Ich bin für Toleranz und will solche Streitereien nicht. Als ich noch nicht stimmen konnte, interessierte ich mich noch für Politik. Doch dann merkte ich, dass es immer nur Ärger gibt. Mit der Politik ist es fast schon so wie mit der Religion.»

Riccardo (21),
Drucker

«Wir diskutierten in der Familie. Ich und meine Mutter wollten nein stimmen, der Vater ja. Schlussendlich sind wir alle nicht hingegangen. Es hätte sich ja ohnehin einigermaßen ausgeglichen.»

Julia (21),
Hotelfachfrau

«Die Abstimmung habe ich gar nicht richtig mitbekommen. Ich stimme nur, wenn mein Vater mir das Stimmcouvert hinlegt und es auch mit ins Stimmlokal bringt. Manchmal sagt er mir auch gleich, was ich stimmen soll.»

Valentina (22),
Kinderbetreuerin

«Die Stimmunterlagen sind zu kompliziert. Und ich habe keine Zeit alles zu lesen. Das sollte alles kürzer und klarer sein. Ich würde eher abstimmen, wenn ich vom Smartphone aus meine Stimme abgeben könnte.»

Jonathan (26),
Allrounder

«Ich finde es gut, dass man abstimmen kann. Selber gehe ich aber nicht hin. Politik interessiert mich nicht. Ich würde auch nicht stimmen, wenn ich meine Stimme online abgeben könnte.»

Sebastien (22),
Student

«Ich war im Militär. Deshalb ist mir die Abstimmung untergegangen. Im Nachhinein habe ich mich sehr geärgert, denn ich hätte dagegen gestimmt. Online-Abstimmungen würden mehr Junge anziehen.»

Kathrin (21),
Kindergärtnerin

«Ich war in den Ferien, gehe aber auch sonst selten abstimmen. Ich will nicht über Dinge abstimmen, wenn ich nicht 100-prozentig informiert bin. Und ich habe Besseres zu tun, als alle Vor- und Nachteile zu recherchieren.»



Andrea Masüger

9. Februar 2014
Gegen Masseneinwanderung

Es ist Zeit, den Weg zu Ende zu gehen

SO, JETZT WISSEN WIR ES. Über 80 Prozent der Ja-Stimmenden nahmen am 9. Februar bewusst in Kauf, dass die Schweiz künftig auf die bilateralen Verträge verzichten muss. Dies ergab die Auswertung der Vox-Analyse, die nach jeder Abstimmung erstellt wird. Und wir wissen noch etwas: Umweltschutzaspekte spielten bei der Abstimmung kaum eine Rolle, die SVP hätte sich also gar nicht vorübergehend ihr grünes Mäntelchen anziehen müssen.

DER ZWEITE SCHLUSS erstaunt wenig. Umweltprobleme stehen im Schweizer Sorgenbarometer weit hinten. Dies zeigt auch die Null-Reaktion auf den neuesten Klimabericht, der dramatischer nicht hätte ausfallen können. Bis nicht ein paar Berggemeinden von Sommerrufen zugeschüttet werden, ist der Klimaschutz in der Schweiz kein Thema. Erstaunlicher hingegen ist die erste Erkenntnis: Die Schweizer wollen oder können die Bedeutung der Bilateralen nicht erkennen. Sie setzen sie aufs Spiel für eine starre Regelung der Zuwanderung. Der 9. Februar war also doch ein Tag der Abschottung und der unterschweligen Fremdenfeindlichkeit. Das ganze weitere analytische Geschwurbel der letzten Wochen kann man vergessen.

SOMIT KANN AUCH das Affentheater um die Frage, wie die offizielle Schweiz nun reagieren soll, beendet werden. Der Weg ist klar: Initiative konsequent umsetzen, Kontingente einführen, auf die Kündigung der Bilateralen durch Brüssel warten, basta. Der Rest ergibt sich von selbst. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen endlich die Konsequenzen ihres Handelns selber tragen. Bisher hat die Politik stets versucht, grössere Schäden aus Volksabstimmungen zu vermeiden, hat Kompromissformeln kreiert und Auswege gesucht. Die Folgen wurden abgemildert – und zum Dank wurde dann wieder über Diplomaten, Bundesräte und die ganze Classe politique hergezogen, weil der Volkswille nicht 1:1 umgesetzt werde.

DIESER MASOCHISMUS der offiziellen Schweiz muss aufhören. Ab sofort gilt auch in staatspolitischer Sicht das Verursacherprinzip. Wer bestimmt, muss auch den Schaden tragen. Sonst kennen wir immer nur die gleichen Sieger, ob etwas klappt oder ob es nicht klappt. Tschüss, Europa, das wars.

amasueger@suedostschweiz.ch

Der Demokratie verabschiedet

Der 30-Jährigen. Nun setzt die Politik auf die Schulen

genössischen Jugendbefragungen. Und tatsächlich musste man schon ziemlich gut weghören, um die politische Botschaft der Jugendlichen zu ignorieren, die sich im Juni 2012 zur «Tanz dich frei»-Demo trafen. Was sich an jenem Wochenende in der Stadt Bern entlud, war der Frust über immer mehr Vorschriften, Reglemente, Bewilligungspflichten – nicht nur im Nachleben, sondern im Leben überhaupt. Sieht so Politikverdrossenheit aus?

Auf der Strecke bleibt bei einer episodischen Beschäftigung mit Politik das langfristige Engagement für das öffentliche Leben. Dies bedroht das Schweizer Milizsystem im Kern. Schon heute stehen die Gemeinden vor der Situation, dass sie Zehntausende Ämter besetzen müssen, vom Schul- bis zum Gemeinderat. Mit Sorge stellen Politiker fest, dass besonders die 30- bis 45-Jährigen in der Gemeindepolitik zunehmend fehlen. «Wir sind daran, unsere besten Jahrgänge zu verlieren», sagt der Aargauer SP-Regierungsrat Urs Hofmann.

An diesem Punkt will Pierre Maudet ansetzen. Das Milizsystem sei schon lange unter Druck, sagt der Genfer FDP-Regierungsrat und Präsident der Eidgenössischen Jugendkommission. Um es zu

«Niemand wird als Demokrat geboren.»

CHRISTIAN AMSLER, PRÄSIDENTEN DER DEUTSCHSCHWEIZER ERZIEHUNGSDIREKTOREN.

retten, sollten junge Politiker gezielt gefördert werden – mit speziellen Ausbildungsgängen an den Universitäten. «Wir müssen mehr Junge dazu bringen, eine politische Karriere einzuschlagen.»

Auf der Suche nach Lösungsvorschlägen überwiegt jedoch bei vielen Politikern und Parteien die Hilflosigkeit. Das zeigen die Vorschläge, die diese Wo-

che ventiliert wurden. Ein Stimmzwang, wie ihn die Jungsozialisten fordern? Das würde all jene Jugendlichen bestätigen, für welche die Beschäftigung mit Politik ohnehin mehr Frust als Lust ist. Ein flächendeckendes E-Voting, das mittelfristig ohnehin eingeführt wird? Es hätte nur dann einen Nutzen, wenn man davon ausgeht, dass es der Akt der Stimmabgabe per Brief oder an der Urne ist, der die Jugendlichen vom Stimmen abhält – und nicht das fehlende Interesse.

VIELVERSPRECHENDER scheint da schon eine verstärkte politische Bildung, wie sie die Jungfreisinnigen in mehreren Kantonen fordern. «Es braucht mehr Staatskunde an den Schulen, am besten als eigenes Schulfach», sagt Yatin Shah, Präsident der Aargauer Jungfreisinnigen. «Wenn niemand den Jugendlichen die Grundzüge des politischen Systems erklärt, zählt der Stimmzettel für viele zur Kategorie Werbung und Altpapier.»

Unterstützt wird die Forderung vom Präsidenten der Deutschschweizer Erzie-

hungsdirektorenkonferenz, Christian Amsler. Niemand werde als Demokrat geboren, sagt der Freisinnige. «Auch die Schule muss ihren Beitrag zur Verbesserung der Situation leisten und Demokratie und Staatsverständnis unbedingt wieder mehr in den Unterricht einfließen lassen.» Welchen Stellenwert die Staatskunde im neuen Lehrplan 21 erhält, wird nächste Woche bekannt, wenn die Erziehungsdirektoren die überarbeitete Fassung vorstellen.

Nötig sei aber ein Engagement über die Schule hinaus, sagt Aline Trede, Nationalrätin der Grünen – etwa mit neuen Formen von Jungbürgerfeiern, in denen das Stimmen und Wählen praxisnah erklärt werde. Diese sollten verpflichtend sein: «Man könnte den Besuch eines solchen Anlasses an den Erhalt des Lernfahrausweises knüpfen.»

Es wird nicht der letzte Vorschlag sein. Die Bemühungen der Politik um die Jungen, das hat sich immer wieder gezeigt, sind so episodisch wie das politische Interesse der Jungen selbst.

«Es fehlt an Vorbildern für Junge»

Pierre Maudet, Präsident der Eidgenössischen Jugendkommission, fordert Uni-Ausbildung für Politnachwuchs

Weshalb gingen am 9. Februar so wenige junge Schweizerinnen und Schweizer abstimmen?

Pierre Maudet: Die tiefe Stimmbeteiligung ist beunruhigend. Gerade, wenn man sieht, dass es bei der EWR-Abstimmung 1992 noch ganz anders war. Es sind aber nicht nur die Jungen, die nicht stimmen gehen. Mich erstaunt auch, wie wenig die eingebürgerten Ausländer von ihren Bürgerrechten Gebrauch machen. Das ist ein Problem, weil es ein wachsendes Desinteresse der Bevölkerung an politischen Entscheidungen zeigt, die sie betrifft. Dazu kommt der Frust, den viele gegenüber den politischen Eliten und den Behörden haben. Das kam am 9. Februar deutlich zum Ausdruck.

Man hört nun wieder, die jungen Schweizer seien unpolitisch. Die tiefe Stimmbeteiligung bedeutet nicht, dass die Jugendlichen apolitisch sind. Im Gegenteil: Die Jugend ist eine Zeit, in der die Ideen sprudeln und die Meinungen sich festigen. Aber viel-

leicht ist die heutige Generation pragmatischer, weniger ideologisch – und sicher auch desillusioniert von der Politik. Sie glaubt den Versprechen der Politiker nicht mehr. Wir müssen deshalb nun Wege finden, damit die Jungen ihrer Stimme trotzdem Gehör verschaffen. Und zwar nicht nur im Nachhinein, so wie bei den Erasmus-Protesten nach dem 9. Februar.

Was macht die Politik falsch?

Es fehlt vielleicht an Vorbildern. Die Politik gibt zu sehr den Eindruck ab, dass wichtige Ämter und Funktionen sowie nur mit Leuten besetzt werden, die mindestens 50- oder 60-jährig sind. Ich bin da eine grosse Ausnahme, zumindest was Exekutivämter betrifft. Dabei ist unser politisches System eines der wenigen, in dem jeder auf die höchsten Positionen aufsteigen kann. Vielleicht schreckt auch das Verhältnis von Aufwand und Ertrag viele Junge davon ab, sich aktiv zu engagieren. Die Verantwortung und der Zeitaufwand sind gross,

«Wir müssen mehr Junge dazu bringen, eine politische Karriere einzuschlagen.»

Pierre Maudet (36).

KEYSTONE



die Löhne im Vergleich zum Privatsektor gering.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Wir müssen mehr Junge dazu bringen, eine politische Karriere einzuschlagen. An den Universitäten sollte es spezielle Ausbildungsgänge geben für Junge, die sich eine solche Karriere vorstellen können. Wir müssen es ja nicht gleich machen wie die Franzosen mit ihrer Elitehochschule ENA. Aber die Idee, den politischen Nachwuchs gezielt an den Schulen zu fördern, ist gut.

In Frankreich kennt man aber kein Milizsystem.

Unser Milizsystem gerät schon lange unter Druck. Ich war selbst Milizoffizier, das Militär hat mir für meine politische Laufbahn viel gebracht. Aber die Realität ist, dass die Bedeutung des Militärs abnimmt. Wenn wir das Milizsystem retten wollen, braucht es vermehrt Anstrengungen in der politischen Ausbildung. INTERVIEW: ALAN CASSIDY